

Dokumentation

Außenpolitik

Eva Knoll und Carola Milbrodt

Chinesisch-russisches Doppel-Veto verhindert UN-Resolution gegen Burma

Ein am 9. Januar 2007 von den USA eingebrachter Entwurf einer UNO-Resolution gegen das Militärregime in Burma scheiterte bei seiner Abstimmung am 12. Januar am gemeinsamen Veto Chinas und Russlands. Die auch von Großbritannien unterstützte Resolution hätte vom burmesischen Regime eine Einstellung der politischen Unterdrückung der Oppositionellen und der Verfolgung ethnischer Minderheiten verlangt. Die Freilassung politischer Häftlinge und die Einführung demokratischer Reformen waren weitere Kernpunkte des Entwurfs. Sanktionen sah der Entwurf nicht vor.

Der chinesische UN-Botschafter Wang Guangya war sich mit seinem russischen Amtskollegen Vitaly Churkin darüber einig, dass der Weltsicherheitsrat nicht der geeignete Platz sei, um die Burma-Frage zu diskutieren. Russland und China begründeten ihre Ablehnung übereinstimmend damit, dass Burma derzeit keine Gefahr für den internationalen Frieden und die Sicherheit der Region darstelle, so dass das Land auch nicht vom Sicherheitsrat zur Raison gerufen werden dürfe.

Wang räumte ein, es gebe zwar Probleme in Burma, doch gehörten sie nicht in den Sicherheitsrat.

Mit ähnlichen Worten hatte bereits am

Vortag der Abstimmung der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Liu Jianchao auf einer Presseerklärung die chinesische Haltung dargelegt und vor allem den innenpolitischen Aspekt der Problematik hervorgehoben.

Der US-Botschafter bei den Vereinten Nationen Alejandro Wolff gab zu, Washington sei „zutiefst enttäuscht“ über das Votum und kündigte an, den Fall Burma nun möglicherweise vor den Menschenrechtsrat in Genf bringen zu wollen. Bei der Abstimmung erhielt die Initiative neun Zustimmungen, drei Enthaltungen und drei Nein-Stimmen, die dritte von Südafrika.

Es war dies das erste gemeinsame Veto der beiden Ständigen Ratsmitglieder seit fast 34 Jahren. Zuletzt hatten die damalige UdSSR und China im Jahr 1972 gemeinsam eine Resolution verhindert, als sich Moskau und Beijing gegen einen direkten Zusammenhang zwischen den israelischen Luftangriffen im Libanon und Syrien und den Terroranschlägen bei den Olympischen Spielen in München aussprachen.

Nur zehn Tage nach der Abstimmung stattete der Vizevorsitzende des Ständigen Ausschusses des chinesischen Nationalen Volkskongresses, Li Tiewing, dem burmesischen Staatschef Than Shwe einen viertägigen Besuch ab. Neben den üblichen und bekannt freundlichen Worten bedankte sich Than Shwe explizit auch für Chinas Veto im Weltsicherheitsrat. Li bekräftigte ebenfalls den innenpolitischen Stellenwert der Angelegenheit.

In den letzten zwei Jahren wurden zwischen Burma und seinem wichtigsten

Alliierten China insgesamt 30 wirtschaftliche Verträge abgeschlossen. (XNA, 11., 23.01.07; WSJ, 12.01.07; *Irrawaddy* website, 16.01.07, nach BBC PF, 16.01.07; *Der Standard*, 13.01.07) (Eva Knoll)

Weißbuch rechtfertigt Modernisierung der Volksbefreiungsarmee

Die kontinuierliche Modernisierung des chinesischen Militärs wird seit Jahren mit vehementer Kritik, insbesondere seitens der US-Regierung, quittiert. Beijing ist sich der Missbilligung zweistelliger Wachstumsraten des Budgets der Volksbefreiungsarmee sowie internationaler Klagen über zu geringe Transparenz im chinesischen Militärwesen bewusst. Das Ende Dezember 2006 erschienene neueste Weißbuch zur Nationalen Sicherheitspolitik (<http://www.china.org.cn/english/features/book/194421.htm>) will von chinesischer Seite als Antwort auf derartige Kritik verstanden werden. Zhang Bangdong, Direktor des Büros für Außenangelegenheiten des Verteidigungsministeriums der VR China, erklärte gegenüber Xinhua, das Weißbuch diene dazu „Zweifel und Befürchtungen einiger Leute in der internationalen Gemeinschaft über die Entwicklungen der militärischen Stärke Chinas [...]“ auszuräumen. (Xinhua, 29.12.06, nach BBC PF, 29.12.06)

Auch wenn die Aussagekraft eines derartigen Weißbuches durch relativ allgemeine Darstellungen beschränkt bleibt, birgt die neueste Ausgabe des alle zwei Jahre vom Staatsrat herausgegebenen Berichts doch einige interessante Details. So bezieht es sich in seiner Darlegung der nationalen

Verteidigungspolitik (Kapitel II) erstmals auch auf die nukleare Strategie des Landes. China verpflichte sich, nukleare Waffen nicht als Erster und nur im Falle der Selbstverteidigung einzusetzen, betonten die Verfasser. Derartige Zusagen äußerte Beijing zwar bereits mehrfach, nicht jedoch im Rahmen des Weißbuches zur Nationalen Sicherheitspolitik.

Ebenfalls zum ersten Mal enthält das militärische Weißbuch der VR China ein eigenständiges Kapitel zum Verteidigungsetat (Kapitel IX). In Grafiken aufbereitet, wurden die Ausgaben der nationalen Verteidigung in Bezug gesetzt zu den staatlichen Gesamtausgaben, zum Preisindex für die Lebenshaltungskosten sowie zu den militärischen Ausgaben anderer Länder. Diese Zahlenvergleiche bezwecken deutlich eine Rechtfertigung der hohen Wachstumsraten der chinesischen Verteidigungsausgaben, wie die *Financial Times* feststellt. Laut Weißbuch stiegen Chinas Verteidigungsausgaben im Jahr 2006 um 14,7% auf insgesamt 283,8 Mrd. CNY (27,5 Mrd. EUR). Dies entspräche chinesischen Regierungsangaben zufolge 1,4% des erwarteten chinesischen Bruttoinlandsproduktes für 2006 bzw. 6,2% des Militäretats der USA. Annahmen des Pentagons zufolge seien die wahren chinesischen Militärausgaben jedoch zwei- bis dreimal größer, da nicht alle militärischen Aufwendungen dem Verteidigungshaushalt zugerechnet würden. (WSJ, 28., 30.12.06; FAZ, 30.12.06, S.1)

Die chinesische Regierung legte im jüngsten Weißbuch auch ihre Sicht der aktuellen Sicherheitslage in der Welt und der Asiatisch-Pazifischen Region dar (Kapitel I). Besorgt äußerte sich Beijing über die

„komplexer und schwieriger“ gewordene Situation in Nordostasien. Zum einen habe Nordkorea mit der Durchführung von Raketentests und des Atomwaffentests zu dieser negativen Veränderung beigetragen. (Vgl. C.a., 5/2006:94-95) Zum anderen wurden das Militärbündnis zwischen den USA und Japan sowie das Verhalten Japans, das militärisch derzeit „stärker nach außen gerichtet“ sei, dafür verantwortlich gemacht. Im Hinblick auf den gesamten asiatisch-pazifischen Raum stellte das Weißbuch eine Neuordnung der Stationierung US-amerikanischer Truppen mit dem Ziel fest, das militärische Potenzial der USA in der Region zu erhöhen. Darüber hinaus äußerte Beijing heftige Kritik an der „radikalen Politik“ der taiwanischen Machthaber, die eine Unabhängigkeit Taiwans durch eine Reform der Verfassung anstreben. Hierin bestünde eine „große Gefahr für Chinas Souveränität und territoriale Integrität sowie für Frieden und Stabilität in der Taiwan-Straße und in der asiatisch-pazifischen Region“, heißt es im ersten Kapitel des Berichts.

Das aktuelle Weißbuch gewährte auch Einblicke in die Zukunft der nationalen Sicherheitspolitik des Landes (Kapitel II). Strategisches Ziel sei es, bis Mitte des Jahrhunderts in der Lage zu sein, Hightechkriege im Informationszeitalter zu gewinnen. Im Vordergrund stünden hierbei eigenständige Innovationen moderner Waffen und Ausrüstung, sowie das Bestreben, erhebliche Erfolge in der Forschung und Entwicklung strategisch bedeutsamer Schlüsseltechnologien zu erzielen. Eine Weiterentwicklung der Informationstechnologie (*xinxihua*) bildet den Kern der Modernisie-

rungsstrategie aller vier Bereiche der Volksbefreiungsarmee.

Aufgabe der Bodentruppe sei insbesondere, ihre Fähigkeiten bei der Durchführung überregionaler Gesamtoperationen zu verbessern. Eine Integration konventioneller und nuklearer Raketen sowie Fortschritte in der strategischen Abschreckung mit Mitteln der Informationstechnologie zu erzielen, sei Auftrag der so genannten Zweiten Artillerie, Chinas nuklearen Streitkräften. Neben der Luft- und Raketenabwehr solle die chinesische Luftwaffe auch ihre Fähigkeiten in Bezug auf Luftangriffe erhöhen. Eine eigenständige Entwicklung und Konstruktion neuer Kampfflugzeuge genieße in diesem Zusammenhang hohe Priorität. Modernisierungsziel der Marine sei, neben dem Einsatz konventioneller Waffen auch nukleare Gegenschläge führen zu können.

Bereits in seiner kurz vor der Veröffentlichung des militärischen Weißbuches vor ranghohen Offizieren gehaltenen Rede betonte Staatspräsident Hu Jintao Chinas Bedeutung als Seemacht. Hu, der auch die einflussreiche Zentrale Militärkommission präsidiert, rief zur Schaffung einer „starken und modernen Marine“ auf, die jederzeit in der Lage sei, die Interessen des Landes zu schützen. Die Bedeutung dieser Aussage wurde unterschiedlich interpretiert. So diskutierte die *Straits Times*, ob dies primär als erneute Warnung gegenüber Taiwan zu verstehen wäre oder auf Chinas globale Interessen, insbesondere bezüglich des Schutzes von Energielieferungen auf internationalen Routen, hindeute. (www.china.org.cn, 29.12.06; Xinhua, 27., 29.12.06, nach BBC PF, 27., 29.12.06;

WSJ, 28., 30.12.06; ST, 30.12.06, 6.1.07; ZXS, 9.1.07, nach BBC PF, 9.1.07; SCMP, 30.11.06, 3., 15.1.07; NZZ, 16.1.07; FT, 30.12.06; FAZ, 30.12.06) (Carola Milbrodt)

Neue Militärtechnologie entfacht erneut Diskussionen um Chinas militärisches Potential

Anknüpfend an die im Weißbuch zur nationalen Sicherheitspolitik (siehe Dokumentation oben) dargelegten Zielvorstellungen technologischer Innovationen vermeldete Xinhua bereits wenige Tage nach Erscheinen des Reports Ende Dezember 2006 Erfolge in der Entwicklung chinesischer Militärtechnologie.

Unter ungewöhnlich großer Medienpräsenz enthüllte China das neue Kampfflugzeug Jian-10 (auch F-10), deren Entwicklung und Konstruktion nach eigenen Angaben in vollkommener Eigenleistung geschah. Mit dem Bau dieses Modells sei der Durchbruch in einer Reihe von Luftfahrttechnologien gelungen, erklärten Vertreter des staatlichen Luftfahrtunternehmens AVIC I auf einer Pressekonferenz. China sei nun das vierte Land in der Welt, das sowohl moderne Kampfflugzeuge als auch Raketen und Motoren für die Luftfahrt eigenständig entwickelt habe, verdeutlichte Geng Ruguang, stellvertretender Direktor von AVIC I.

Von Beijing als Meilenstein in der Entwicklung der militärischen Luftfahrtindustrie gefeiert, beurteilten nicht nur chinesische Verteidigungsexperten den Jian-10 als qualitativ ebenbürtig mit einigen westlichen Kampfflugzeugen. Auch internationale Medien diskutierten den neuen Kampf-

jet als potenzielle Herausforderung an die Marktdominanz russischer und westlicher Kampfflugzeuge. Die chinesische Volksbefreiungsarmee kündigte bereits an, insgesamt 120 der neuen Jian-10 zu bestellen.

Nur wenige Tage nach den Schlagzeilen um den Kampfjet Jian-10 schürte eine Bemerkung Huang Qiangs, Sprecher der chinesischen Kommission für Wissenschaft, Technologie und Industrie der Landesverteidigung, die internationale Debatte um Chinas militärisches Potenzial. Huang zufolge verfüge China bereits über das technologische Know-how zum Bau eines eigenen Flugzeugträgers.

Die Zeiten, in denen sich die Volksrepublik China mit Rüstungsgroßaufträgen an Russland wandte, um die technologische Modernisierung ihres Militärs voranzutreiben, scheinen bald der Vergangenheit anzugehören. Die Frage, ob sich China bereits auf dem Wege vom Rüstungsimporteur zum Rüstungsexporteur befindet, wird bereits zunehmend diskutiert. (ST, 5., 6., 10., 20.1.07; SCMP, 30.11.06, 6., 10., 22.1.07; Xinhua, 5.1.07, nach BBC PF, 5.1.07; NZZ, 16.1.07) (Carola Milbrodt)

Sechs-Parteien-Gespräche ergebnislos beendet

Nach über dreizehnmonatiger Unterbrechung fanden vom 18. bis 22. Dezember 2006 erneut multilaterale Verhandlungen zur Lösung der nordkoreanischen Nuklearfrage statt. Wie gewöhnlich fungierte China als Gastgeberland der Sechs-Parteien-Gespräche, an denen neben den beiden Hauptkontrahenten USA und Nordkorea auch Japan, Südkorea sowie Russland teilnahmen. Es ist das zweite Treffen der fünf-

ten Verhandlungsrunde seit Aufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche vor vier Jahren. Bereits Ende Oktober 2006 einigten sich die Chefunterhändler und Vizeaußenminister Chinas (Wu Dawei), Nordkoreas (Kim Kye-gwan) und der USA (Christopher Hill) in einem informellen Treffen in Beijing auf die Wiederaufnahme des multilateralen Dialogs.

Im September 2005 feierte man ein gemeinsames Abkommen aller sechs Verhandlungspartner als ersten wirklichen Erfolg (vgl. C.a., 5/2005:53-54). Seitdem haben die Enthüllung nordkoreanischer Geldwäsche- und Falschgeldaktionen, die Durchführung von Raketentests und ein erster Atomwaffentest Nordkoreas zur erneuten vehementen Verurteilung und verschärften Isolation des nordkoreanischen Regimes durch die internationale Staatengemeinschaft geführt (vgl. C.a., 5/2006, S.94-95). Die ausgeübten Druckmittel auf das von äußerer Hilfe abhängige Land sind vielfältig. Finanzsanktionen der USA hemmen Nordkoreas Zugang zum internationalen Bankensystem. Der UN-Sicherheitsrat geißelte den Atomwaffentest in Resolution 1718 und unterbindet seitdem den Export von Luxusgütern in die Demokratische Volksrepublik Korea. Auch China übe mit der Höhe seiner Öllieferungen an Nordkorea Druck aus, wie Prof. Zhu Feng, Sicherheitsexperte an der Beijing Universität, erklärte.

Der enorme internationale Druck sei neue Motivation der nordkoreanischen Regierung an einer Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche, heißt es in einem Bericht von Xinhua. Die nordkoreanische Seite rückte jedoch weiterhin nicht

von ihrer Bedingung ab, konkrete Verhandlungen bezüglich ihres Atomprogramms erst nach Einstellung der Finanzsanktionen wieder zuzulassen. Nordkorea, das sich seit Durchführung des Atomwaffentests als Nuklearmacht begreift, spekulierte darauf, das neue nukleare Abschreckungspotenzial als Verhandlungsmasse einsetzen zu können. In den Beratungen würde man nun in der Lage sein, den USA in einer „würdevollen, imponierenden Weise“ entgegenzutreten, erklärte der nordkoreanische Verhandlungsführer. (Xinhua, 17.12.06, nach BBC PF, 17.12.06)

Die Hoffnungen Pjöngjangs auf einen derartigen Statusgewinn sind nicht aufgegangen, doch konnten die anderen Seiten ebenfalls keinen Erfolg verbuchen. Bislang bestehe lediglich Übereinstimmung im Willen, die koreanische Nuklearfrage auf friedlichem Wege zu lösen und konkrete Schritte zur Implementierung der gemeinsamen Erklärung zu suchen, verdeutlichte der Leiter der südkoreanischen Delegation. Einziges Ergebnis der fünftägigen multilateralen Gespräche war somit die Verständigung auf ein möglichst baldiges Wiedertreffen der Verhandlungspartner. Das erneute Ausbleiben inhaltlicher Fortschritte war insbesondere für China, das in der Rolle des Vermittlers und Gastgebers der Gespräche mit jeder erfolglosen Verhandlungsrunde erneut an Gesicht verliert, ein weiterer Rückschlag.

Mehr Optimismus verbreitete ein Treffen zwischen den Verhandlungsführern Christopher Hill und Kim Kye-gwan vom 16. bis 18. Januar 2007 in Berlin. Allein das Zustandekommen eines solchen bilateralen Gesprächsforums zwischen Nordkorea

und den USA ist ein Novum, bestand die US-amerikanische Seite in der Verhandlung der nordkoreanischen Atomfrage doch bislang auf dem Ansatz multilateraler Beratungen. US-Chefunterhändler Hill sagte, man habe inzwischen einen „grundlegenden bilateralen Mechanismus“ zur Erörterung offener Fragen entwickelt, werde Entscheidungen aber weiterhin innerhalb des Forums der sechs Länder fallen. (*Berliner Zeitung*, 18.1.07) Auch inhaltlich gab es Erfolge. Unter Berufung auf diplomatische Kreise Chinas und Südkoreas vermeldeten südkoreanische Medienberichte ein aus diesen Gesprächen hervorgegangenes konkretes Angebot Nordkoreas. Anfang Februar 2007 soll die nächste multilaterale Gesprächsphase in Beijing beginnen. (RMRB website, 29.11., 18., 19.12.06, nach BBC PF, 29.11., 18., 19.12.06; SCMP, 12.12.06; ZTS, 17.12.06, nach BBC PF, 17.12.06; Xinhua, 5., 18.12.06, nach BBC PF, 5., 8.12.06; XNA, 22.12.06; ST, 28.11., 28.12.06; *Reuters* website, 22.1.07) (Carola Milbrodt)

China vertieft Kooperation mit asiatischen Ländern

Die Kooperationsmechanismen zwischen den zehn ASEAN-Mitgliedsstaaten und ihren Dialogpartnern boten vom 13. bis 16. Januar 2007 den Rahmen für den Austausch und Vereinbarungen asiatischer Spitzenpolitiker. Gastgeberland Philippinen, das derzeit die ASEAN-Präsidentschaft innehat, lud Delegationen aus 15 weiteren Staaten in die Stadt Cebu ein. Auch Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao nahm an diesem diplomatischen Marathon teil. Er kam zum zehnten Gipfeltreffen zwischen

der ASEAN, Japan, Südkorea und China (10+3) sowie zwischen den ASEAN-Staaten und China (10+1) und nahm darüber hinaus am zweiten Ostasiatischen Gipfel teil. Zum letztgenannten Großereignis waren neben Gästen der vorgenannten Staaten auch Vertreter Indiens, Australiens und Neuseelands geladen. Auf Einladung der philippinischen Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo verblieb Wen Jiabao im Anschluss an das multilaterale Treffen zu einem offiziellen Besuch auf den Philippinen.

Außenminister Li Zhaoxing, der ebenfalls mit der chinesischen Delegation reiste, gab gegenüber Xinhua die Ergebnisse diverser Treffen Wen Jiabaos bekannt. Er erklärte, der Ministerpräsident habe während der 10+1 Gespräche den Willen zum Ausbau der bereits 15-jährigen Kooperation Chinas mit der ASEAN bekräftigt. Die Unterzeichnung eines Abkommens über Dienstleistungshandel, an der Wen teilnahm, markiere einen bedeutenden Schritt auf dem Weg zur Freihandelszone zwischen China und den zehn ASEAN-Staaten. Bereits einen Monat zuvor unterzeichnete Handelsminister Bo Xilai gemeinsam mit den Wirtschafts- und Handelsministern der ASEAN-Staaten zwei Dokumente zur Verringerung von Handelsbeschränkungen zwischen China und dem ASEAN-Verbund.

Im Rahmen der regionalen Kooperation zwischen China, Südkorea, Japan und der ASEAN erhoffe sich China eine verstärkte Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Handel, Sicherheitspolitik, soziale Entwicklung und Personalaustausch, so Li Zhaoxing nach einem

10+3-Arbeitsessen mit seinen Amtskollegen. Wen Jiabao legte hierzu eine Fünf-Punkte-Initiative zur Verstärkung der gemeinsamen strategischen Planung vor.

Den ostasiatischen Gipfel dominierten zwei Hauptthemen, eines davon hieß regionale Energiesicherheit. Regierungschefs aller teilnehmenden Länder unterzeichneten eine Deklaration zur Energiesicherheit in Ostasien. Einen zweiten Schwerpunkt bildete das nordkoreanische Atomprogramm. Gastgeberin Macapagal-Arroyo rief die nordkoreanische Regierung im Namen aller 15 Teilnehmerstaaten des Gipfels dazu auf, sämtliche existierenden Nuklearprogramme einzustellen. Sie verdeutlichte, dass in der gesamten Region Einstimmigkeit in der Forderung nach einer nuklearwaffenfreien koreanischen Halbinsel herrsche.

Neben den multilateralen Beratungen wurde das politische Rahmenereignis auf den Philippinen auch für bilaterale Treffen genutzt. Ministerpräsident Wen traf nacheinander zu Gesprächen mit seinen Amtskollegen aus Südkorea, Indien, Japan, Australien und Neuseeland zusammen. Im Dialog zwischen Japans Premier Shinzo Abe und Wen Jiabao betonten beide Seiten den Willen zur Verbesserung der japanisch-chinesischen Beziehungen. Wen nahm eine von Abe für das kommende Frühjahr ausgesprochene Einladung nach Japan an.

Während Wen Jiabaos offiziellen Besuches auf den Philippinen stand die Wirtschafts- und Handelspartnerschaft zwischen den beiden Ländern im Vordergrund. Darüber hinaus diskutierten die Politiker auch globale und regionale Themen. China und die Philippinen unterzeichneten

insgesamt zwölf Abkommen und verständigten sich insbesondere auf die Intensivierung ihrer ökonomischen Beziehungen in den kommenden zehn Jahren. (Xinhua, 6.12.06, 11., 14., 16.1.07, nach BBC PF, 6.12.06, 11., 14., 16.1.07; XNA, 9.12.06; 11., 16.1.07; ZXS, 15.1.07; *The Philippine Star* website, 16.1.07, nach BBC PF, 16.1.07; SCMP, 16.1.07) (Carola Milbrodt)

Militärübung mit Pakistan und Grenzgespräche mit Indien

Gerade zwei Wochen waren seit Präsident Hu Jintaos Staatsbesuch bei seinem Allwetterfreund Pakistan vergangen (vgl. C.a., 6/2006:108-109), da kamen die Armeen beider Länder auch schon zu einer gemeinsamen zehntägigen Militärübung unter dem Namen „Friendship-2006“ vom 11. bis zum 18. Dezember 2006 zusammen.

Waren die ersten gemeinsamen Übungen im Jahr 2004 im der chinesischen autonomen Region Xinjiang abgehalten worden, fand „Friendship-2006“ diesmal auf pakistanischem Boden in der nördlichen Bergregion von Abbottabad statt. Dies kennzeichnete auch die Besonderheit des Manövers, war es doch die erste Militärübung der VBA mit einem anderen Land auf nichtchinesischem Boden. Mehrere Hundertschaften beider Seiten nahmen an den Übungen teil, die unter anderem als Teil der Feierlichkeiten zum 55. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen anberaumt wurden.

Zweck der Übungen sollte die verbesserte Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung sein und, um dem Namen gerecht zu werden, die „bereits existierenden

Freundschaftsbeziehungen der Armeen beider Länder stärken“, so ein Sprecher der pakistanischen Armee (SCMP, 11.12.06). Schließlich gelte es nicht nur, die wirtschaftlichen Beziehungen stetig zu untermauern, sondern auch im militärischen Bereich den Kampf gegen Terrorismus, Extremismus und Separatismus aufrechtzuerhalten, so Leutnant Lu Dengming, Stabchef der Militärregion Chengdu.

Besonders betont wurde im Zuge der Übungen auch die zunehmende Bereitschaft des chinesischen Militärs zu mehr Transparenz und Offenheit die Medien betreffend. Gerade bei bilateralen Militärübungen müsse besonders deutlich gemacht werden, dass diese nicht die Interessen Dritter beeinträchtigen, so der Leiter der chinesischen Seite, Oberst Wang Weixing.

Doch nicht nur zur einen Seite, auch gegenüber Indien wurde nach Hus Staatsbesuch im November (vgl. C.a., 6/2006:107-108) die Vertrauensbildung weiter angeregt, indem der chinesische Vizeaußenminister Dai Bingguo am 17. Januar 2007 nach Neu Delhi zur mittlerweile neunten Runde der Grenzgespräche reiste. Auch wenn als einziges Ergebnis der Gesprächsrunde wieder nur eine Einigung über die Aufnahme weiterer Gespräche festgehalten werden konnte, so wurde wenigstens der gute Wille zur „schnellen Klärung offener Fragen zwischen beiden Staaten“ bekundet, wie es der bei Hus Staatsbesuch in die Zehn-Punkte-Strategie zur Verbesserung der Beziehungen aufgenommene Passus fordert. (PTI, 16., 18.01.07, nach BBC PF, 18.01.07; ZTS, 18.01.07, nach BBC PF, 18.01.07; *Daily Times* website,

19.12.06, nach BBC PF, 19.12.06; ST, 18.01.07; SCMP, 11.12.06; XNA, 10., 17., 18., 30.12.06; WSJ, 18.12.06) (Eva Knoll)

Zahlreiche Besucher aus Zentralasien

Rund um den Jahreswechsel 2006/2007 konnte man in Beijing wieder einmal rege Besuchsdiplomatie aus den zentralasiatischen Staaten beobachten. Begonnen mit einem Besuch des kasachischen Präsidenten Nursultan Nazarbayev vom 19. bis 23. Dezember 2006, dicht gefolgt vom kirgisischen Außenminister Alikbek Dzhekshenkulov vom 27. auf den 28. Dezember, folgte als letzter im Bunde der tadschikische Präsident Emomali Rahmonov vom 15. bis zum 21. Januar 2007 einer Einladung Beijings.

In diversen Gesprächen der jeweiligen Besucher mit ihren chinesischen Amtskollegen wurden mannigfach die stetige Verbesserung und die anhaltend wachsende Kooperationsbereitschaft über die Jahre hinweg betont. Ganz oben auf der Agenda standen erwartungsgemäß der weitere Ausbau der Zusammenarbeit im Energie- und Transportsektor, wovon die Unterzeichnung diverser Dokumente zeugte.

Weitere Abkommen wie die „Chinesisch-Kasachische Kooperationsstrategie für das 21. Jahrhundert“ oder das „Abkommen über gute Nachbarschaft, Freundschaft und Kooperation“ zwischen China und Tadschikistan signalisieren ungetrübte Einigkeit – ebenso in weiteren Bereichen wie in Fragen des Grenzhandels, der Einigkeit über die zentrale Rolle der Vereinten Nationen oder in der Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich.

Anlass für die umfassenden Freundschaftsbekundungen war der um die Jahreswende fällige 15. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen fünf zentralasiatischen Staaten, der in Beijing am 8. Januar mit allen Botschaftern der fünf zentralasiatischen Staaten gefeiert wurde. (XNA, 14., 20., 21.12.06, 08., 16.01.07; *Interfax-Kazakhstan*, 04.01.07, nach BBC PF, 04.01.07; Xinhua, 12., 15., 20.01.07, nach BBC PF, 12., 15., 20.01.07; *Tajik Television first channel*, 18.01.07, nach BBC PF, 18.01.07; *Kyrgyz Television 1*, 05.01.07, nach BBC PF, 05.01.07) (Eva Knoll)

Innenpolitik

Katrin Willmann

Soziale Stabilität im Blickpunkt der KPCh

Im Berichtszeitraum Dezember 2006 bis Februar 2007 verdeutlichten mehrere offizielle Dokumente und Äußerungen hochrangiger Mitglieder der chinesischen Regierung, dass den zunehmenden gesellschaftlichen Protesten als Gefahrenpotenzial für die soziale Stabilität im Land und die Regierungsfähigkeit der Partei immer größere Bedeutung beigemessen wird. Zudem scheint von staatlicher Seite eine Einmischung vom Ausland konstatiert zu werden.

Anfang Dezember 2006 veröffentlichte die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua Erläuterungen zu den jüngsten Beschlüssen des ZK. Darin heißt es, dass sich immer wieder so genannte Massenvorfälle ereigneten, die immer mehr gesellschaftliche

Aspekte berührten. In einigen Fällen habe eine Politisierung ökonomischer Probleme stattgefunden. Zudem sei der Grad der Gewalt und Konfrontation gestiegen. Fahrlässigkeit würde zu Blutvergießen führen. Feindliche Mächte und Elemente im Inland und Ausland würden Einmischungsversuche unternehmen und darum bemüht sein, Nutzen aus den Massenvorfällen zu ziehen und die Menschen zu Chaos anzustiften.

Als Unsicherheitsfaktoren, die die soziale Stabilität beeinflussen würden, führte das Dokument erneut die besondere historische Stufe der wirtschaftlichen Umstrukturierung, der sozialen Transformation und der beschleunigten Industrialisierung und Urbanisierung an. Diese Umstände würden die wirtschaftliche Grundlage und soziale Struktur sowie die Interessenstrukturen dramatisch verändern. Verbunden mit dieser Bestandsaufnahme und der Analyse der Einflussfaktoren wurde in den vorgelegten Erläuterungen der Blick auf die Amtspflichten der Regierungen und Parteikomitees aller Verwaltungsebenen gerichtet. In einem Appell an diese heißt es, dass nichts, was mit den Interessen des Volkes in Zusammenhang stehe, unwichtig sei und die Bearbeitung ihrer Belange von äußerster Dringlichkeit sei. Ihnen käme die Aufgabe zu, die Akteure und Hintergründe von lokalen gesellschaftlichen Protesten einerseits zu analysieren und andererseits Vorfälle umgehend zu bearbeiten und eine weitere Verbreitung zu verhindern. Auf eine Präventivmaßnahme setzt die Regierung dabei besonders: die Erziehung der Massen und Propaganda.

Damit wird deutlich, dass die parteistatliche Führung unter Hu Jintao und